

BaZ Senioren



Neuer Abschnitt. Die Themen werden mit dem Alterwerden keineswegs langweiliger: Liebe, Einsamkeit, Reisen, um ein paar in der neuen Beilage zu nennen. **Beilage**

Thema

Beim Vegetarier. -minu trifft den «10 vor 10»-Moderator Arthur Honegger im «Tibits» in Oerlikon und stellt ihm ein paar saftige Fragen. **Seite 2**

Wirtschaft

Aufgeklärt. Postauto AG gab gestern bekannt, welche Kantone nach dem Subventionsbetrug mit wie viel Geld entschädigt werden. **Seite 7**

Kultur

Geglückt. «Don't tell the Kids» rät Ballettdirektor Richard Wherlock dem Basler Publikum augenzwinkernd. Der Saisonauftakt ist gelungen. **Seite 13**

Basel

Zentral. Das neue Dominikushaus in Riehen wird mitten im Dorfkern gebaut. **Seite 22**

Ausgewachsen. Bis zu drei Jahre alt werden die Galloway-Rinder auf dem Hof Baregg. **Seite 26**

Sport

Angriff. Das Team BMC um Radfahrer Stefan Küng möchte an der WM in Innsbruck, die morgen beginnt, den Titel erringen. **Seite 38**

Das Magazin



Umentschieden. Martin Föhse wird mit 32 eine Frau. Jahre später hat er genug und kehrt wieder zu seinem ursprünglichen Geschlecht zurück. **Nur für Abonnenten**

Wetter

Recht sonnig. Heute bleibt es ziemlich sonnig, allerdings weniger warm: Am Morgen nur 12, tagsüber höchstens 20 Grad. **Seite 35**



Post lässt Betagte klagen

Senioren wehren sich gegen die «Wühltsch»-Post

Allschwil. Über die Köpfe der Betagen hinweg verweigert die Post in Allschwil Senioren die Briefzustellung in die Briefkästen und hat die «Feinzustellung» einem Hausverwalter übertragen. Dabei landet die Post auf einem «Wühltsch». Der Verwaltungsrechtler der Universität Basel, Markus Schefer, kritisiert den Staatsbetrieb, er hätte bei diesem Zustellungsregime die Empfänger – die Betagten – anhören müssen. Das hat die Post versäumt. Sie sagt auch nicht, wie sie die Einhaltung des Postgeheimnisses kontrollieren will.

Nun beschwerten sich die Betagten bei der Post. Im Schreiben heisst es: «Wir als Bewohner des Hauses wurden nie gefragt, ob wir einverstanden sind mit dem «Wühltsch». So nach dem Muster «Mit den alten Herrschaften kann man das ja machen!» wah **Seite 21**

Klimaerwärmung nicht berücksichtigt

Axpo-Präsident Thomas Sieber kritisiert die steigende Importabhängigkeit beim Strom

Von Kurt Tschan

Baden. «Wenn Sie zwischen Oslo im Norden und Valencia im Süden überall 30 Grad haben, dann steigt der Bedarf auf einen Schlag in ganz Europa», sagt Axpo-Präsident Thomas Sieber mit Blick auf den vergangenen Hitzesommer, der die Energieversorger an ihre Kapazitätsgrenzen gebracht hat. Die Grosswetterlage habe gezeigt, «dass es vermehrt Situationen gibt, in denen es mit den bestehenden Anlagen nicht aufgeht und es Back-up-Kraftwerke braucht. Oder, wie in Deutschland in diesem Sommer geschehen, Kohlekraftwerke aushelfen müssen.»

Inzwischen wisse man, dass die Wetterextreme grösser würden. Dies habe zur Folge, dass ganz Europa zur gleichen Zeit viel Strom benötige.

Gerade hier sieht der Präsident des grössten schweizerischen Energieversorgers bei der Energiestrategie 2050 des Bundes Handlungsbedarf. Im Fokus gestanden sei dort nämlich die Versorgungssituation im Winter. Anerkannt sei lediglich, dass die Schweiz in den kalten Perioden ihren Strombedarf nicht mehr selber decken könne und auf Importe angewiesen sei. «Hitzesommer hatte man aber mit Bestimmtheit nicht im Auge.» Glücklicherweise sei erst über den ersten Teil der Energie-

strategie entschieden worden. «Über den Rest können wir noch diskutieren.» Der 56-jährige frühere Präsident des Telekommunikationsunternehmens Orange Schweiz (heute Salt) erwartet von den politischen Entscheidungsträgern, dass sie solche klimabedingten Szenarien in ihre Entscheidungsfindung einbeziehen.

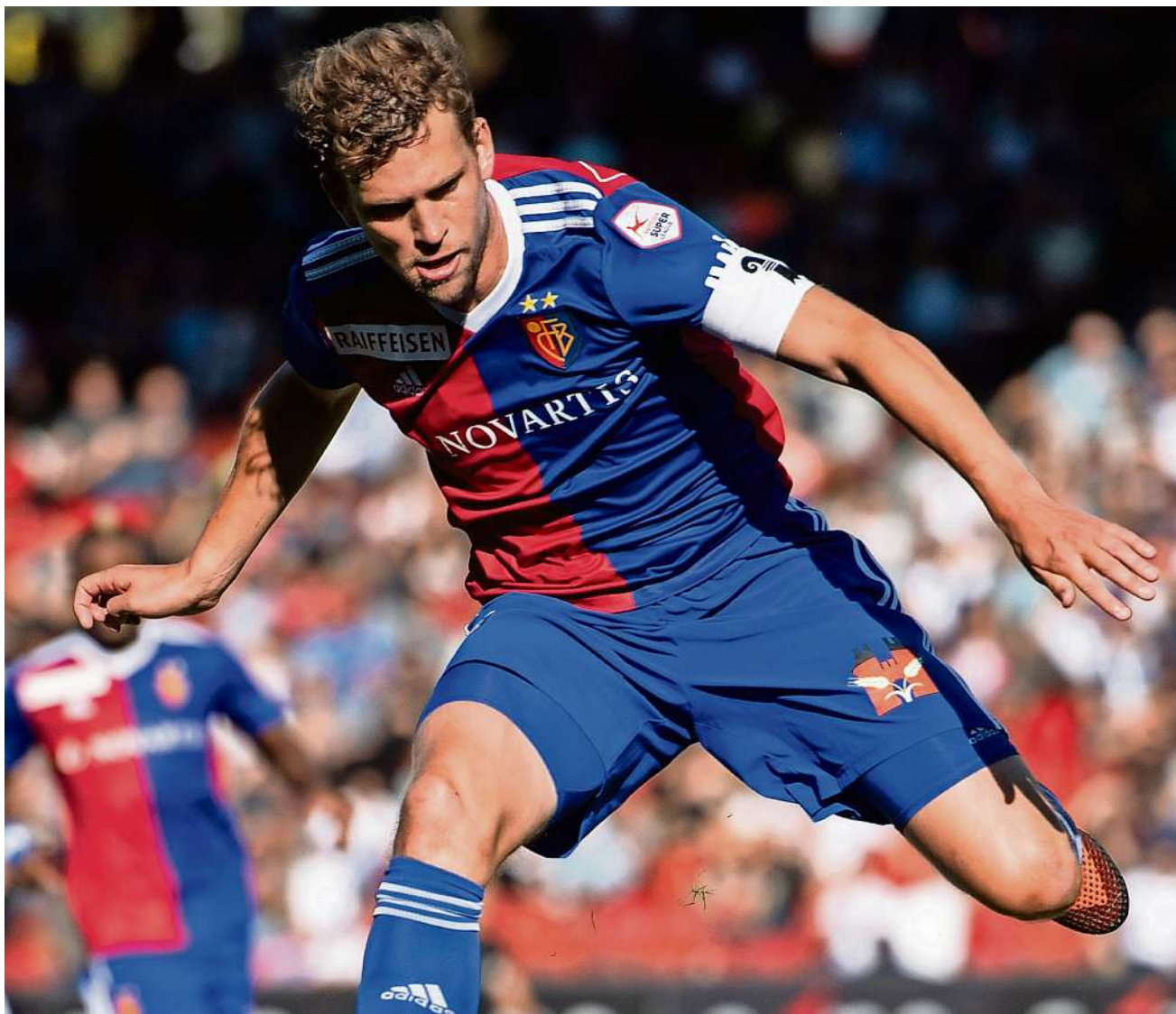
Klares Nein zu Gaskraftwerken

«Tatsache ist, dass wir in Zukunft nicht nur im Winter von Importen abhängig sein werden», sagt Sieber im Gespräch mit der BaZ. Umso wichtiger sei deshalb die inländische Produktion. Allerdings zeigt sich auch die Axpo wie

andere Energieversorger wenig investitionsfreudig. Zuerst müssten sich die Anreize für Investitionen ändern. Nur dann gebe es wieder Kapitalgeber in der Schweiz. Bleibe hingegen alles beim Alten, sehe er keine Opportunitäten.

Aktuell beschränken sich die Investitionen der Axpo, die sich im Besitz der Nordostschweizer Kantone befindet, auf den Bereich Sicherheit – vor allem bei der Kernkraft. Weitere Mittel fliesen in den Unterhalt bestehender Anlagen. Kein Thema für Sieber sind neue Gaskraftwerke. Solche Grossprojekte seien nicht mehrheitsfähig, weil dadurch die CO₂-Bilanz verschlechtert werde. **Seite 8**

Der Captain redet Klartext



Spitzenspiel gegen die Young Boys. In Krisenzeiten reisst sich normalerweise niemand um die Sprecherrolle. Fabian Frei (Bild) meldet sich dennoch zu Wort und gibt Auskunft über vieles, was den rotblauen Anhang in jüngster Vergangenheit beschäftigte. Über Raphael Wickys Entlassung, die Gründe für die momentane Basler Flaute und das so dringend benötigte Erfolgserlebnis gegen Meister YB am Sonntag (16 Uhr, SRF2 live). Für den FCB gilt in Bern: verlieren verboten. Bei einer Niederlage würde der Meister auf 12 Punkte davonziehen. rOF Foto Keystone **Seiten 39, 40**

Literatur kann etwas bewirken

Die Präsidentin von PEN International im Gespräch

Basel. Die in Mexiko aufgewachsene und auch dort wohnhafte Amerikanerin Jennifer Clement (58) ist die erste Frau an der Spitze des internationalen Schriftstellerverbandes PEN. Sie hat im März in den USA ihren jüngsten Roman «Gun Love» veröffentlicht, der jetzt auch auf Deutsch vorliegt. Es ist eine Geschichte, bei der es im Kern um die irritierende Faszination der Amerikaner für Waffen geht.

Clement erklärt im Gespräch mit der BaZ, wie sie für das Buch recherchierte: wie täglich Waffen aus den USA nach Mexiko gelangen. Wie sie merkte, dass der Ku-Klux-Klan in Florida aktiv ist. Wie sie sich sicher war, dass nach Barack Obama unmöglich eine Frau gewählt werden würde. Und welche Aufgabe und Verantwortung die Schriftsteller haben. mw **Seite 12**

Interessenskonflikte bei Kabelnetz-Vergabe

Alibi-Ausschreibung des Reinacher Gemeinderats

Von Joël Hoffmann

Reinach. Stimmvolk und Einwohnerrat in Reinach haben entschieden, dass ihr kommunales Kabelnetz-Angebot nicht mehr von der InterGGA betrieben werden soll, weil Kunden zu viel bezahlen würden und die Gemeinde zu wenig profitiere. Der Gemeinderat muss nun gegen seinen Willen einen neuen Provider für Internet-, TV- und Telefonie-Angebote suchen. Die Unterlagen sind publiziert und zeigen, dass diese Ausschreibung massive, wohl auch juristisch heikle Mängel hat.

Der externe Berater, der als «Beschaffungsstelle/Organisator» angegeben wird, ist nicht neutral: Christian Pestalozzi ist Gemeinderat in Oberwil. Die Gemeinde ist Mitbesitzerin des bis-

herigen Anbieters InterGGA und hat als solche kein Interesse daran, dass mit Reinach der weitaus grösste Kunde abspringen könnte. In Oberwil bekämpft der Gemeinderat selber Volksbegehren, die den InterGGA-Ausstieg verlangen. Für die zuständige Reinacher Gemeinderätin stellt dieser Interessenskonflikt jedoch kein Problem dar.

Nur ein Bewerber ist zugelassen

Doch damit nicht genug: Die Ausschreibung weist nicht bloss Kriterien auf, die auf die InterGGA zugeschnitten sind, sondern hat teilweise skurrile Ausschlusskriterien, etwa zur Anzahl anbietender Porno-Sendern, die dazu führen, dass sich kein anderer Mitbewerber ausser der InterGGA überhaupt bewerben kann. **Seite 21**

Bewilligung für Sozialdetektive

Bundesrat legt Details offen

Bern. Am 25. November entscheidet das Stimmvolk, ob Versicherungsdetektive künftig bei Verdacht auf Missbrauch IV-Bezüger oder Unfallversicherte observieren dürfen. Der Bundesrat legt nun offen, wie er bei einem Ja die Details regeln würde. Damit sich die Stimmberechtigten ein umfassendes Bild machen können, präsentiert er seinen Vorschlag für die Umsetzung bereits vor der Abstimmung.

Versicherungsdetektive sollen für Observationen eine Bewilligung benötigen. Dafür müssten sie nachweisen, dass sie in den letzten zehn Jahren nicht wegen Verbrechen oder Vergehen verurteilt worden sind. Zuständig für die Bewilligung wäre das Bundesamt für Sozialversicherungen. SDA **Seite 4**

EU-Absage «inakzeptabel»

May zu Brexit-Verhandlungen

London. Eine sichtlich empörte Theresa May äusserte sich gestern zur Absage der EU an den sogenannten Chequers-Plan der britischen Regierung zur Ausgestaltung der künftigen Handelsbeziehungen. Das sei «inakzeptabel», sagte die britische Premierministerin in London. Sie könne niemals akzeptieren, dass Nordirland in der Zollunion bleibe. Das würde bedeuten, dass das Land auseinanderbrechen werde. Die Finanzmärkte reagierten schnell: Das Pfund rauschte um mehr als einen Cent gegenüber dem Euro in den Keller. SDA **Seite 7**

ANZEIGE

adullam Spital

JETZT ZWEIMAL:
BASEL & RIEHEN
Altersmedizin & Rehabilitation
www.adullam-spital.ch